



Beiratsfraktion Walle

Tutorenprogramm Medienbildung an den Waller Schulen

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle fordert die Senatorin für Bildung auf, die Kürzungen der Ressourcen des Tutorenprogramm zurück zu nehmen. Die entsprechenden Mittel müssen zur Aufrechterhaltung der Vermittlung von medialer und digitaler Bildung unbedingt auch weiterhin den Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Die Senatorin für Bildung hat sich erst kürzlich in der Öffentlichkeit (u.a. in einem Fernseh-Interview und im WK vom 22.01.2016, dafür ausgesprochen, auf digitale Medien zu setzen und diese auszubauen.) Deshalb ist die Kürzung überhaupt nicht nachvollziehbar. Der Bildungsausschuss unterstützt die Elternvertreter-Innen und die Schulen in jeder Hinsicht. Unsere Begründung leiten wir u. a. aus dem Beschlusspapier der KMK vom 08.März 2012, ab.

Unsere Schulen leisten auch über digitale Bildungsangebote (insbesondere die Grundschulen mit „Antolin“ aber auch z.B. die OS Helgolander Str.), eine enorme Integrationsarbeit und rüstet die SchülerInnen über z.B. digitale Bildung, mit besseren Bildungschancen aus.

Um diese Integrationsarbeit jedoch weiterzuführen, benötigen die Schulen - hier vor allem die Schülerinnen und Schüler - ausreichend, kompetentes Personal und die entsprechenden Ressourcen um die Weiterführung des Tutorenprogramm sicherstellen zu können.

Auszug aus: „Medienbildung in der Schule“ (Beschluss der KMK vom 08.März 2012)
„Medienbildung gehört zum Bildungsauftrag der Schule, denn Medienkompetenz ist neben Lesen, Rechnen und Schreiben eine weitere wichtige Kulturtechnik geworden.

Unsere Kinder und Jugendlichen leben in einer durch Medien wesentlich bestimmten Welt und sie lernen für eine Welt, in der die Bedeutung der Medien für alle Lebensbereiche noch zunehmen wird.

Deshalb müssen Heranwachsende in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt, sachgerecht, sozial verantwortlich, kommunikativ und kreativ mit den Medien umzugehen, sie für eigene Bildungsprozesse sowie zur Erweiterung von Handlungsspielräumen zu nutzen und sich in medialen wie nichtmedialen Umwelten zu orientieren und wertbestimmte Entscheidungen zu treffen.

Die vorliegende Erklärung „Medienbildung in der Schule“ bestimmt und begründet den Stellenwert von Medienbildung in der Schule exemplarisch in fünf besonders wichtigen Dimensionen, die sich beziehen auf:

- die Förderung der Qualität des Lehrens und Lernens durch Medien
- die Möglichkeit der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe und Mitgestaltung,
- die Identitäts- und Persönlichkeitsbildung der Heranwachsenden,
- die Ausbildung von Haltungen, Wertorientierungen und ästhetischem Urteilsvermögen sowie
- den notwendigen Schutz vor negativen Wirkungen der Medien und des Mediengebrauchs.

Beginnend mit der Aufgabe der fortschreitenden curricularen Verankerung bis hin zur Sicherung von Qualität und Kontinuität werden für die Umsetzung der entsprechenden Zielvorstellungen insgesamt acht Handlungsfelder benannt, in denen die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für eine gelingende Medienbildung in der Schule geschaffen werden müssen. Nur unter Beachtung der Zusammenhänge und Wechselwirkungen dieser Handlungsfelder können bildungspolitische Maßnahmen erfolgreich sein.

Bildungswege und Bildungschancen der heranwachsenden Generation zu gestalten ist eine weitreichende gesellschaftliche Aufgabe, die nur im Zusammenwirken aller an Schule und Unterricht Beteiligten gelingen kann. Den KultusministerInnen- und SenatorInnen ist es ein wichtiges Anliegen, das Medienbildung den ihr zukommenden Stellenwert im Kontext von Schule und Unterricht erhält. Die vorliegende Erklärung soll dazu einen Beitrag leisten.

Folgende Beschlüsse der KMK werden durch diesen Beschluss ersetzt:

- Empfehlung der Lehrerbildung auf dem Gebiet der Medienpädagogik (Beschluss der KMK vom 26.10.1979)
- Schulische Maßnahmen zur aktuellen Entwicklung am Videomarkt (Beschluss der KMK vom 25.11.1983)
- Erklärung der KMK „Verzicht auf Gewaltdarstellung in den Medien“ (Beschluss der KMK vom 26.09.1992)
- Medienpädagogik in der Schule (Erklärung der KMK vom 12.05.1995)
- Neue Medien und Telekommunikation im Bildungswesen (Beschluss der KMK vom 28.02.1997)“

Auszug aus: „Medienbildung in der Schule“ (Beschluss der KMK vom 08.März 2012)

Der Bildungsausschuss geht davon aus, dass die Bildungsbehörde ihre Entscheidung prüfen und revidieren wird.

Bremen, 22. Januar 2016

Nicoletta Witt, Brigitte Grziwa-Pohlmann, Hauke von Almelo
und die Mitglieder der SPD-Beiratsfraktion